

Bezugspreis:

Verkaufspreis 16,50 M., monatlich 1,50 M., ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Frei' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags stumm.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:

Die wichtigsten Konparativpreise ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 12. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Sühne durch das Reichsgericht. Deutsche Note zur Rechtsfrage.

Der deutsche Geschäftsträger in London hat am 10. d. M. dem Premierminister Lloyd George als dem Vorsitzenden des Obersten Rates eine Note überreicht...

Durch das neue Gesetz sind grundlegende Normen des bisher geltenden Rechts geändert worden, damit den Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages Genüge geschehen kann...

alle denkbaren gesetzlichen Garantien

für eine erschöpfende und unparteiische Untersuchung der von den Alliierten erhobenen Beschuldigungen. Wenn die tatsächliche Durchführung der Strafverfahren in vielen Fällen nach dem Eingang des Materials der von den alliierten Regierungen eingeschickten Kommission abhängen wird...

auf den Rechtsweg geleitet

und kann nur nach Maßgabe der Gesetze ihren Verlauf nehmen.

Damit ist auch die Stellungnahme der Deutschen Regierung zu den von den Alliierten in dem Schreiben vom 18. Februar gemachten Vorbehalten von selbst gegeben. Die Alliierten haben sich vorbehalten, von den Rechten, die ihnen der Friedensvertrag für den Fall der Nichterfüllung von Vertragsverpflichtungen gibt, in dem Maße und in der Form Gebrauch zu machen, die sie für zweckmäßig erachten werden...

Deutsche Reichsangehörige verhaftet

und vor ihre Gerichte gestellt. Solche Verhaftungen haben sich namentlich in den letzten Wochen in auffallender Weise gehäuft. Die den festgenommenen Personen zur Last gelegten Straftaten sind Handlungen, die während und aus Anlaß des Krieges begangen sein sollen...

deutsche Reichsangehörige verhaftet

und vor ihre Gerichte gestellt. Solche Verhaftungen haben sich namentlich in den letzten Wochen in auffallender Weise gehäuft. Die den festgenommenen Personen zur Last gelegten Straftaten sind Handlungen, die während und aus Anlaß des Krieges begangen sein sollen...

weitere Verhaftungen jener Art nicht mehr vorzunehmen,

und daß die alliierten Regierungen die bereits festgenommenen Deutschen, einerlei ob sie in der Liste aufgeführt sind oder nicht, sobald der deutschen Regierung zur Aburteilung gemäß dem Gesetze vom 18. Dezember 1919 zur Verfügung stellen.

in der Kriegsgefangenschaft zurückgehalten

worben sind. Verzeichnisse der der Deutschen Regierung bisher bekanntgewordenen einschlägigen Fälle werden den beteiligten Regierungen unverzüglich übermittelt werden. Die Deutsche Regierung stellt den alliierten Regierungen anheim, ihr auf Grund dieser Verzeichnisse das in Frage kommende Beweismaterial mitzuteilen.

Aus der Note des Herrn Vorsitzenden der Friedenskonferenz an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris vom 8. Februar hat die Deutsche Regierung ferner ersehen, daß die alliierten Regierungen die Deutschen, die in den übermittelten Listen nicht aufgeführt sind, wegen der von ihnen während des Krieges etwa begangenen Verbrechen nicht amnestieren, sondern, falls sie auf alliertem Gebiete betroffen werden, vor ihren Gerichten zur Verantwortung ziehen wollen.

beiden Teile

die Freiheit gibt, Angehörige des anderen Teiles wegen vermeintlicher Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, nicht zu Folgen führt, die mit der Annahme eines friedlichen Verkehrs zwischen den Völkern unvereinbar sind. Neben der Forderung einer strafrechtlichen Sühne sollte nunmehr endlich auch einer anderen Forderung Rechnung getragen werden, der Forderung nämlich, alle diejenigen durch die Kriegsverhältnisse bedingten Vorkommnisse, deren Abwandlung von dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht unbedingt gefordert wird, mit dem Eintritt des Friedenszustandes der Vergessenheit anheimzugeben.

Die Gerichtsbarkeit im Abstimmungsgebiet.

Deutscher Protest.

Die interalliierten Kommissionen für die Abstimmungsgebiete von Oberschlesien, Ostpreußen und Westpreußen haben in den letzten Tagen eine Reihe von Verordnungen erlassen, wodurch im weitgehendem Umfang in die Gerichtsorganisation und das Gerichtsverfahren eingegriffen wird. So sollen in Oberschlesien und in Westpreußen neue Gerichte an Stelle der zuständigen Oberlandesgerichte und des Reichsgerichts eingerichtet werden; in Oberschlesien werden die beiden neuen Instanzen überdies unter den Vorbehalt allierter Beamten gestellt.

Alle diese Maßnahmen stehen mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch.

Die Deutsche Regierung hat aus diesem Grunde sowohl bei den interalliierten Kommissionen als auch bei der Friedenskonferenz in Paris auf das nachdrücklichste Verwahrung gegen die getroffenen Anordnungen eingelegt. Sie hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß es keinem deutschen Richter zugemutet werden kann, unter Aufsicht und unter Mitwirkung von fremden Staatsangehörigen Recht zu sprechen, und daß alle deutschen Gerichtsbeamten es als ihre Pflicht ansehen werden, jede Mitwirkung zur Durchführung ungegesetzlicher Maßnahmen abzulehnen.

Die neue Kriegsfürsorge.

Von Friedrich Klees.

Die gegenwärtige Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene ist sowohl in ihrer Form wie auch in ihren Leistungen höchst ungenügend. Stützt sie sich doch auf Befehle, die zu Zeiten entstanden sind, die vollkommen anderer politischer und wirtschaftlicher Struktur waren. Das sogenannte Mannschaftenversorgungsgesetz, nämlich das Gesetz über die Versorgung der Personen der Unteroffiziers- und Mannschaften der Marine und der Schutztruppe, ist am 31. Mai 1906, und das Militär-Hinterbliebenengesetz ist am 17. Mai 1907 erlassen worden.

Es ist deshalb schon allgemein, ganz besonders aber von den Fürsorgeberechtigten mit Nachdruck eine Neugestaltung dieser Gesetzgebung gefordert worden. Die anderweitigen dringenden Aufgaben der deutschen Nationalversammlung verhindern sie wohl. Nunmehr sind drei Gesetze Entwürfe fertiggestellt worden, welche die Kriegsfürsorge einheitlich regeln sollen. Sie gliedern sich in je ein Gesetz zur Neugestaltung der Rentenversorgung, zur Aufbringung der Mittel und den Beschäftigungszwang Schwerkriegsbeschädigter. Diese drei neuen Gesetze greifen ineinander und sollen in der Art ihres Aufbaus zugleich eine Neugestaltung der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, den Ausbau der Organisation der Anspruchsberechtigten, die ja jetzt schon „halbomfänglich“ ist, und die Umstellung des Militärhinterbliebenenwesens für die Bedürfnisse des „entmilitarisierten Reiches“ bringen.

Zunächst sollen das Mannschaftenversorgungsgesetz, das Militärhinterbliebenengesetz und das Offizierspensionsgesetz zu einem Gesetz über die Rentenversorgung verschmolzen werden. Die bisherige Leistung ist auch mindestens überlebt. Die Abmessung der Renten geschieht in der Form ähnlich wie bisher. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit wird ein bestimmtes Existenzminimum angenommen, das zum Lebensunterhalt ausreichen soll. Bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit werden entsprechende Teile jenes Mindestbetrages gewährt. Bisher konnte man für diese Berechnungen die „Vollrente“, die z. B. für einen „Gemeinen“ 540 M., Unteroffizier 600 M., Sergeanten 720 M. usw. jährlich nach dem Gesetz betrug. Diese Ansätze sollen natürlich erheblich erhöht werden. Es soll der Kriegsveteran nicht mehr nötig haben, als Orgelmann und Straßenbettel sein Leben zu fristen. Der vielfach aufgetauchte Gedanke der Einheitsrente ist nicht verwirklicht worden. Zwar wird der bisherige Unterschied zwischen Offizier und Mannschaft fallen, doch berücksichtigt der Gesetzentwurf bisheriges Berufs Einkommen, Familienstand und örtliche Lebensverhältnisse. Die Berücksichtigung dieser Verhältnisse der Rentempfänger geschieht durch Zuschläge zur „Einheitsrente“. Der Anspruch auf ärztliche Behandlung, Heilmittel, auf Herstellung und Beschaffung von Ersatzgliedern und sonstigen Hilfsmitteln, worüber die oben genannten bisherigen Gesetze überhaupt keine Vorschriften enthielten, wird auf gesicherte Rechtsgrundlage gestellt und den Forderungen der Kriegsbeschädigten angepaßt. Die während des Krieges durch ein besonderes Gesetz geregelte Kapitalabfindung Kriegsbeschädigter wird ausgebaut und in das Gesetz über die Rentenversorgung aufgenommen. Eine besondere Berücksichtigung findet die Rhytharmochung der halben Arbeitskräfte, die hier einer neuen Lösung entgegengeführt wird.

Die Renten für die Kriegshinterbliebenen werden jenen angetraut, auf welche die Gefallenen Ansprüche gehabt hätten. Damit sollen auch die Waisen, die in der bisherigen schematischen Berechnung dieser Renten lagen, die bekanntlich nach dem Gesetz für die Witwe eines „Gemeinen“ oder einer jeden anderen Person des Unterpersonals der freiwilligen Krankenpflege 400 M. betrug, wozu allerdings verschiedene Zuschläge kamen. Die Renten sollen so bemessen sein, daß die Witwe nicht gezwungen ist, zum Schanden der Kindererziehung lediglich dem Erwerb nachzugehen. Die Erziehung und Ausbildung der Kriegswaisen wird mehr als bisher zur Sache des Staates gemacht. Die unehelichen Kinder eines Gefallenen, die bisher nach dem Gesetz überhaupt keinen Rentenanspruch hatten, werden



Verabschiedung der Reichs-einkommensteuer.

Die Nationalversammlung hat am Donnerstag die Einkommensteuer...

Das Landessteuergesetz (dritte Lesung).

Abg. Schürer-Franken (Vap. Sp.) beantragte wiederum, daß die Vorlage verfassungswidrig sei.

Nach § 53 gewährleistet das Reich jedem Lande die Einnahme aus den durch die Einkommensteuer...

Das Einkommensteuergesetz.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen von der dritten Lesung des Einkommensteuergesetzes.

Eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Landwirten, Landarbeitern und Konsumenten soll in der Regierung über die nöthige Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im kommenden Wirtschaftsjahr beraten.

Das Haus verläßt sich Freitag 10 Uhr: Anfragen, dritte Lesung des Körperschaftsteuergesetzes, keine Vorlagen.

Parteinachrichten.

Aus Mecklenburg-Strelitz. In dem ehemaligen Großherzogtum tritt am 18. März der Landesparteiabend zusammen.

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fabriken und Meinungen. Aufgezeichnet von Hans Müller-Schiffner. „So, alles Kaputtgeschlagen!“ knurrte der Boos...

testiert und ein Reichsgesetz fordert, durch das zugleich auch die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürsten in sämtlichen deutschen Bundesstaaten geregelt wird.

Genosse de Roope hat die Chefredaktion von „Het Volk“ in Amsterdam niedergelegt, um in die Dienste des vom Völkerverband einwirkenden Internationalen Arbeitsamtes zu treten.

Groß-Berlin

Gesundbrunnen-Neukölln.

Was wird mit dem Untergrundbahnbau?

Um den Bau der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln ist zwischen der Stadt Berlin und der Gesellschaft für Elektrische Hoch- und Untergrundbahnen...

Von offenbar interessierter Seite unterrichtet, meldet eine Korrespondenz dazu:

Die Hoffnung, daß dieses für den Groß-Berliner Verkehr so wichtige Beförderungsmittel jedoch niemals auch nur einigermaßen rentabel und daß infolgedessen die Preise für das fahrende Publikum erschwinglich sein werden...

Da sich also nach der Meinung dieser Quelle eine Rentabilität der Schnellbahn unter keinen Umständen mehr erreichen läßt...

die Allgemeinheit bleibt. Zu diesem Zweck ist es zunächst notwendig, die ganze Untergrundbahnfrage aus dem engen Kreis der Interessenten herauszunehmen...

Die Heringswand.

Aus Lübeck kommt die Nachricht, daß in der Nacht die Heringsmassen gleich einer Wand stoben.

Hotelfetrieb und Schleichhandel.

Eine für das gesamte Hotel- und Gastwirts-gewerbe wichtige primäre Entscheidung läßt die Strafammer des Landgerichts I in einer Verurteilungsverhandlung...

Das Verurteilungsgericht kam nach längerer Beratung erneut zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen Schleichhandels.

Für Leute, die viel Zeit haben.

Wir alle erinnern uns aus der Kriegszeit noch des Tones, in dem bei den Brotkommissionen, bei den Bezugsbewerkschaften...

Ein „Vorwärts“-Leser - einer, der seine Beobachtungen mit der Uhr in der Hand gemacht hat - schildert uns, wie er bei der Ausfertigungsstelle in der Köpenicker Straße Stundenlang warten mußte.

„hm, wie du willst. Werd' du Barbierer. Auch ein schön Geschäft und ernährt seinen Mann.“

„Ja, Vater, und in einem Jahr oder zehn bin ich so weit, dat ich ein Federchen in die Luft blasen kann.“

Als Gradob brachte Jan zum Unterchirurgus und Barbierer Rodenhaupt, wo er einig wurde, für zwei Jahre vierzig Taler Lehrgeld zu bezahlen.

Eines Morgens, als sein Meister auf Kundtschaft war, kam der Steuersekretär Frühling in den Laden, um sich eilig taxieren zu lassen.

Jan sprang herbei und leifte ihn ein, wie er bei jedem Kunden tun mußte. Da er aber den eiligen Herrn Steuersekretär nicht so lange mit dem Schaum auf der Wade konnte dauern lassen...

Gerade kam Rodenhaupt zurück und als er die feine Kundtschaft so malträtiert sah, wimmerte er vor Gorn und verfestete Jan eine Ohrfeige, daß dem das Rasiermesser aus der Hand fiel.

Jan ging, aufs tiefste gekränkt, aus dem Laden, packte seine Sachen zusammen und lief nach Hause.

„Ich kann genug, Vater.“ sagte er zu Gradob, „ich will auf Wunderschaft und Geld verdienen.“

Gradob ging zu Rodenhaupt, und der, froh, sich nicht lange streiten zu müssen, gab zu, daß Jan genug könne, und stellte dem einen Lehrbrief aus.

Jan war glücklich wie immer, wenn er etwas Neues vor sich sah. Er glaubte wie so viele, die das Alte nicht schätzen, weil sie es nicht kennen, nur im Neuen wäre das Selb.

Die Eltern begleiteten Jan durch das Zoll-Tor bis zur Rheinbrücke. Er schwankte zum Abschied sein Bündelchen.

„Was Jan in den nächsten drei Jahren treibt und wie es ihm ergeht, lesen wir in den Briefen, die er mit seinen Eltern wechselt. Wir wollen ihn also selbst erzählen lassen.“

Jan an seine Eltern.

Düren, den 15. Januar 1850.

Liebe Eltern! Es geht mir gut, denn ich bin zufrieden. Wenn ich wieder nach Hause komme, jange ich ein Barbierer-

geschäft an, das uns alle ernähren soll. Ich sehe ein, daß es nicht gut ist, vom Stöckchen auf Sölkchen zu springen, wie ich das bis jetzt getan habe...

Aber ein halbes Jahr später ländigte ich wieder. Ich hatte mir nämlich ein Mädchen angeschafft, welches meinem Herrn durchaus nicht gefiel. Sie hatte mich mehrere Male in meiner Barbierstube besucht...

Jan. (Fortf. folgt.)







Der Werniger Vorfall.

Berlin, 11. März. (Amlich.) Die französischen Soldaten, die sich in Werniger den Widerstand gemacht haben, gehören zu den alliierten Truppen, die die Ueberwachung des Flugweises obliegen...

Wutgeschrei rechts.

Monarchistische Ueberdemokraten.

Die Nachricht, daß innerhalb der Reichstagsparteien Erörterungen darüber schweben, ob der Reichspräsident nicht vom Parlament statt vom Volk gewählt werden soll, hat in der monarchistischen Presse nicht geringe Erregung hervorgerufen.

Vielleicht bemerkt die "Freiheit" nun doch, wessen Geschäfte sie besorgt, wenn auch sie findet, "die Rechtssozialisten" hätten wieder einmal bewiesen, "wie wenig ernst es mit ihrer demokratischen Gesinnung ist."

Zum übrigen liegt es uns fern, die Frage mit derselben Aufgegriffenheit behandeln zu wollen, wie es die Rechtspresse tut. Wird der Artikel 41 geändert, so halten wir das für zweckmäßig.

Reichswehr-Antisemitismus.

Das Platoner Blatt "Die Grenzwehr" enthält in Nr. 50 folgendes Interat:

Ein gut erhaltener Kutschwagen ist bei der 1. Komp. in Strey, Kreis Platom, zu verkaufen. Juden ausgeschlossen. Spätestens bis Freitag mittag.

Man beachte wohl, daß diese Provokation in Westpreußen erscheint, wo es bei der Volksabstimmung auf jede Stimme für Deutschland, auch auf die recht zahlreichem Juden ankommt.

Eisenbahner gegen Schleichhandel.

Stuttgart, 11. März. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts") Die Eisenbahnerverbände haben in einer kürzlich in Ulm abgehaltenen Sitzung beschlossen, eine einheitliche Anweisung zur Vermeidung des Wunders und Schleichhandels herauszugeben.

Vereinigung von Koburg und Bayern.

München, 11. März. Der bayerische Landtag hat heute in Gegenwart der volljährigen erwachsenen Vertreter der koburgischen Regierung den koburgischen Landtagsbeschlüssen über die Vereinigung des Freistaates Koburg mit dem Freistaat Bayern und den dazugehörigen Staatsvertrag einstimmig angenommen.

Zum Fall Nicolai.

Stellungnahme der sozialistischen Studenten.

Die sozialistische Fraktion der Studentenvertretung an der Berliner Universität erläßt folgende Erklärung: Die sozialistische Fraktion der Studentenvertretung an der Universität Berlin, gewählt von 500 Sozialisten aller Richtungen...

Sozialdemokratischer Oberbürgermeister.

Braundenburg, 11. März. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts") In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde mit 29 Stimmen der Reichstagssozialist und Unabhängiger der Genosse Külländer...

Aus dem Reichsrat.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die am Donnerstag nachmittag unter Vorsitz des Ministers Dr. David stattfand, wurden eine Anzahl wichtiger neuer Gesetzentwürfe den Ausschüssen überwiesen...

Deutsche Hilfstätigkeit in Amerika.

Für Kriegsblinde und hungernde Kinder.

Die Labor Yeccum Association in Wilmington Del. jendet uns einen Betrag von 2200 M. zur Unterstützung der Kriegsblinden und teilt uns mit, daß sie auch eine Sammlung für hungernde Kinder in Deutschland eingeleitet hat.

Hier gibt es viele Deutsche, die den "Vorwärts" halten; man braucht nur zwischen den Zeilen zu lesen, um zu erkennen, welche Zustände in Deutschland augenblicklich herrschen.

Die hier geborenen Amerikaner hoffen Deutschland nicht, alle sind sie der Ueberzeugung, daß Deutschland jetzt, wo es am Boden liegt, geholfen werden muß.

Der Brief ist von Mitte Februar datiert. Seitdem hat die erfreuliche Bewegung an Stärke noch zugenommen.

Die neue Wahlkreisverteilung, die einen Bestandteil des neuen Reichswahlgesetzes bilden wird, ist vom Reichsministerum des Innern nunmehr fertiggestellt.

Die neue Verhandlung gegen v. Kessel ist noch nicht angefangen, da seine Verhandlungsfähigkeit noch nicht festgestellt ist.

Wirtschaft

Die Börse san. — Der Markkurs steigt weiter.

Table with 4 columns: Date, Schweizerfranken, holländ. Gulden, Es kosteten am...

Die Dollarkurse sind auf 68,90 M. gefallen. Der Haserpreis ist auf 4400 M. gesunken.

Der Produktmarkt war heute durch die bisherigen Vorgänge am Devisenmarkt außerordentlich verflaut.

Unsere Wirtschaftspolitik.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium hat zwei lange Sitzungen abgehalten, um über die Förderung der inländischen Produktion, die Kreditbeschaffung, die Walfaschulden, die Bilanzierung des Reichsbudgets u. a. m. zu beraten.

Das Ausland sollte der Tatsache, daß man in Deutschland in einem solchen Stadium sich bemüht, das Wirtschaftsleben durch Vereinigung aller Kräfte zum Erstarken zu bringen...

Die zwei großen gegensätzlichen Wirtschaftsauffassungen, die freie kapitalistische und die sozialistische haben sich hier naturgemäß gegenüber, und der Vertreter des Ministeriums, der Unterstaatssekretär Prof. Dr. Dirsch, hat die schärfste Aufgabe, um aus diesen gegensätzlichen Auffassungen und Standpunkten das herauszunehmen...

Zur Förderung der Produktion wurde von Unternehmensseite Verbilligung der Arbeitszeit gefordert. Demgegenüber erklärte die Arbeitervertreter, daß vor allem erst die Rationalisierung der Produktion gefördert werden müsse.

Produktion und auch die Verteilung der Waren vereinfacht wird, alle unproduktiven und unwirtschaftlichen arbeitenden Zwischenstellen ausgeschaltet würden...

Zu dem Vorstehenden ergibt sich, daß die Arbeitervertreter es an Deutlichkeit und Sachlichkeit nicht haben fehlen lassen...

Der Wirtschaftsrat über die Kreditbeschaffung. Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium befahte sich gestern mit den Fragen der Kreditbeschaffung für die deutsche Volkswirtschaft...

Im Laufe der Debatte wurden auch die Vorschläge des Herrn Dr. Jordan zur Befreiung der Kapitalnut von ihm selbst beraten und von den Diskussionsrednern behandelt.

Nach eingehender Aussprache, bei der Vertreter aller interessierten Richtungen und Handelskreise, insbesondere auch führende Mitglieder Südwirtschafts und Arbeitgeber wie Arbeitnehmer...

Nach eingehender Aussprache, bei der Vertreter aller interessierten Richtungen und Handelskreise, insbesondere auch führende Mitglieder Südwirtschafts und Arbeitgeber wie Arbeitnehmer...

Nach eingehender Aussprache, bei der Vertreter aller interessierten Richtungen und Handelskreise, insbesondere auch führende Mitglieder Südwirtschafts und Arbeitgeber wie Arbeitnehmer...

Sonderzüge zur technischen Messe.

Von Berlin fahren zur technischen Messe nach Leipzig Sonderzüge täglich vom 13. bis 20. März, donnerstags 7 Uhr 20.

